

# Kosten und Gebühren: Die Herausforderungen der Universität

Ein Abriss durch die Geschichte der Hochschule.

VON MARTINO COMELLI

## Die 1960er- und 1970er-Jahre

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat die Universität einen grossen Wandel durchgemacht, hauptsächlich aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums der westlichen Gesellschaften nach dem zweiten Weltkrieg. Seit den 1960er-Jahren ist eine konstante Zunahme der Zahl der an der Universität eingeschriebenen Studierenden zu beobachten. Dieses Phänomen kann auf verschiedene Weise erklärt werden.<sup>1</sup> Einerseits durch eine allgemeine Zunahme des Wohlstandes – sogar in den ärmsten Klassen der Gesellschaft –, was dazu geführt hat, dass mehr Geld für die höhere Ausbildung eingesetzt werden konnte. Besonders in den 1960er-Jahren hat sich eine «affluent society»<sup>2</sup> gebildet, in welcher die Ressourcen je länger wie mehr dazu verwendet werden, post-materialistische Forderungen zu erfüllen, d.h. Bedürfnisse, welche weniger materieller Art sind sondern das Wissen betreffen. Andererseits ist das Ende der 1960er-Jahre geprägt von Forderungen der Gesellschaft nach einer Demokratisierung der Bildung, denn der Zugang zu einer höheren Bildung wurde nun als Mittel gesehen, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Trotzdem haben gewisse intellektuelle wie Pasolini<sup>3</sup> den elitären und «radical chic» – Charakter dieser Demonstrationen hervorgehoben.

Wie wir also sehen können, hat die Universität aufgrund verschiedener, miteinander verbundener Faktoren wie der allgemeinen Zunahme des Wohlstandes, einer grösseren Neigung zu postmaterialistischen Werten sowie einer massiven Forderungsbewegung, ihre Türen für eine grössere Zahl von Personen öffnen müssen. Trotzdem behielt

sie in den 1960er- und 1970er-Jahren immer noch elitäre Mechanismen, denn sie war stolz auf ihre Unabhängigkeit und «Unaktualität». Sie unterstrich ihre feindschaftliche Haltung gegenüber der Industrie, der Produktion und allgemein gegenüber dem Profit. Die Werte, welche von dieser Institution vermittelt wurden, waren also aristokratische Werte, welche zum Ziel hatten eine Kultur und Bildung zu vermitteln, die zu einem spezifischen Lebensstil (way of life) führen und nicht eigentlich dazu dienen sollten, einen wirklichen Beruf zu erlernen.<sup>4</sup>

Auch die Wissenschaften wurden ihrer Inhalts wegen wertgeschätzt und die Forschung wurde ihrer selbst willen gefördert. Es gab eine Aufgabentrennung indem die angewandte Forschung sich nur um die industrielle Welt kümmerte, die noch unabhängig war vom akademischen Milieu. Eine der Konsequenzen des massiven und plötzlichen Anstieges der Zahl der Studierenden ist der Kurswechsel der universitären Institution, deren Grundwerte und auch Organisation weitgehend verändert wurden. Der Universität wurden neue Aufgaben zugewiesen, welche vorher nicht existierten. Somit kann in der Periode nach 1970 eine Neudefinition des Wesens und der sozialen Funktion der Universität beobachtet werden.

## Die 1980er- und 1990er-Jahre

Die Konsequenzen des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegsjahre («les trentes glorieuses») wirkten sich auf alle Aspekte des universitären Lebens und der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Universität aus. Durch diese Veränderungen tauchten neue Fragestellungen auf, in Bezug auf die Finanzierung der universitären Institution, aber auch administrativer und verwaltender Aspekte. Dieser zweite Punkt

beinhaltete die Einstellung von Lehrpersonen, Qualitätsüberprüfungsmassnahmen sowie die Ziele der Ausbildung und deren Evaluation. Weitere Probleme sozialer Art tauchten auf, in Bezug auf die Lebens- und Studiumsbedingungen der Studierenden, die Unterkunft, Stipendien, aber auch die Problematik der Beziehung zwischen Sekundarstufe und tertiärem Bildungsbereich.<sup>5</sup>

Des Weiteren fand auch eine Veränderung statt auf der Seite der Anwärter auf höhere Bildung. Ihr soziales Milieu, die Gewohnheiten (und der Habitus), die Gesinnung und Erwartungen an die Universität haben die universitäre Kultur radikal verändert. Für einige unter ihnen stellt die Universität nicht mehr ein Luxus oder eine Möglichkeit dar, gute Umgangsformen und Kenntnisse zu erlangen, sondern ein Mittel zu sozialem Aufstieg, das es ihnen erlaubt, in führende Kreise vorzustossen. Die Gesellschaft verzeichnet ihrerseits, aufgrund der immer grösseren Tertiarisierung der Arbeitswelt, einen steigenden Bedarf an qualifiziertem Personal und sieht deshalb in der universitären Institution einen hervorragenden Partner, diesem gerecht zu werden.

So haben sich die Prioritäten der Universität geändert. Früher verteidigte sie die akademische Freiheit und Autonomie um jeden Preis; nun sind sichtbare Spuren des Druckes, welcher auf den Universitäten lastet, zu erkennen. Somit ist «die Universität (...) nicht mehr ein Elfenbeinturm. Die Professoren wurden gebeten, herunterzusteigen und Rechenschaft abzulegen. Das Konzept der akademischen Freiheit wurde durch dasjenige der Verantwortung, sogar der Zurechenbarkeit, ersetzt. Die Leistung der Universität ist in Frage gestellt, im-

1 Martin Trow, Reflections on the Transition from Mass to Universal Higher Education, *Daedalus*, Vol. 99, No. 1, 1970

2 John Kenneth Galbraith, *L'ère de l'opulence*, Calmann-Lévy, Paris, 1986

3 Pier Paolo Pasolini, *Studenti, Figli Di Papà, Io Sto Con I Poliziotti*, *Nuovi Argomenti*, n. 10, 1968

4 Martin Trow, Problems in the Transition from Elite to Mass Higher Education, *Carnegie Commission on Higher Education*, 1973.

5 Martin Trow, Reflections on the Transition from Elite to Mass to Universal Access in Modern Societies since WWII, *International Handbook of Higher Education*, 2005

mer öfters muss sie sich rechtfertigen.»<sup>6</sup>

So wird sichtbar, dass das Gewicht der Bürokratie enorm geworden ist und grosse administrative Schwierigkeiten mit sich bringt, obwohl einige Situationen wesentlich einfacher gelöst werden könnten. Warum also versucht die Gesellschaft das universitäre Leben zu kontrollieren? Die Kosten, die Erwartungen vis-à-vis der Universität und ihre Wahrnehmung sind Teil der Antwort. In der Tat charakterisiert sich die Universität nicht mehr durch die humanistischen Werte, für welche sie früher stand, sondern durch ihren wirtschaftlichen Charakter, durch die Investition welche sie in den Augen einer kapitalistischen Gesellschaft darstellt, welche von ihr einen Nutzen erwartet, den sie durch Überwachung und gewisse Einmischung sicherzustellen versucht. Wenn die elitäre Universität noch einigermaßen kostengünstig war, so wird für die heutige ein beträchtlicher Teil des Budgets aufgewendet, immer in Anbetracht dessen, dass das in die Bildung investierte Geld den Kriterien der Effizienz und des Nutzens unterworfen ist.

In den 1980ern war der Wohlfahrtsstaat mit schwerwiegenden Problemen der finanziellen Deckung konfrontiert. Dies hängt mit der Entwicklung des Produktionssystems und somit der Art, wie Wohlstand innerhalb eines Landes hervorgebracht wird, zusammen. Mit dem Übergang von der keynesianisch-fordischen Produktionsweise zu einem System, das auf dem tertiären Sektor basiert, wächst das Bedürfnis nach einer höheren Bildung. Dies bedeutet ebenfalls, dass ein Gesellschaftsmodell aufgegeben wurde, in welchem die Produktivitätsgewinne sicher und stabil waren und eine ansteigende Kurve des Arbeitskapitals garantierten, was wiederum eine ansteigende Kurve in der Lohnentwicklung mit sich brachte.

Die Gesellschaft der 80er-Jahre, auch «trentes glorieuses» oder «affluent society» genannt, war verschwunden und durch eine Gesellschaft ersetzt worden, in welcher die Erhöhung der Produktivität genauso wie die finanziellen Perspektiven der Privatpersonen ungewiss waren. Eine ziemlich überzeugende Erklärung dieses Phänomens stammt vom nekeynesianischen Ökonomen William Baumol, der 1967 den Artikel «Macroeconomics of unbalanced growth, the

anatomy of urban crisis»<sup>7</sup> veröffentlicht hat. Diese Studie verzeichnete einen grossen Erfolg und wurde seither immer wieder auf den neusten Stand gebracht, unter Berücksichtigung der kontinuierlichen Veränderung des Wirtschaftssystems.<sup>8</sup> Baumol präsentiert in seiner Studie zwei Hypothesen: die erste setzt voraus, dass die Kosten der Waren und Dienstleistungen direkt von der eingesetzten Arbeitskraft abhängen; die zweite geht davon aus, dass die Gesamtheit der Löhne unter dem Einfluss der Löhne des industriellen Sektors tendenziell steigt. Baumol theoretisiert anhand eines einfachen mathematischen Modells, dass die Preise der Industriegüter im Laufe der Zeit sinken sobald die industrielle Arbeit hoch mechanisiert ist und dazu dient, die Produktivität bei gleich bleibendem Arbeitsaufwand zu steigern. Der Name, den er dieser Art von Industrie gab, ist «labour saving». In diesem Modell kann die Produktivitätssteigerung zu einem vernünftigen Preis zu einer regelmässigen Erhöhung der Löhne führen. Die Arbeit im Dienstleistungssektor hingegen kann nicht mechanisiert werden und ist dadurch einer ständigen Erhöhung der Kosten ausgesetzt. Eine lineare Erhöhung der Nachfrage bringt eine exponentielle Erhöhung der Kosten mit sich, eben weil die Produktivität der Arbeit im Dienstleistungssektor im Laufe der Zeit nicht erhöht werden kann und dadurch mehr Personen angestellt werden müssen. Deshalb entwickelt sich, was Baumol die «cost disease», die Kostenkrankheit, nennt : «... while wages rise commensurately in all areas, then relative costs in the non-progressive sectors must inevitable rise, and these costs will rise cumulatively and without limit.»<sup>9</sup>

Die Herstellung einer Nadel zum Beispiel ist eine Tätigkeit, welche im Laufe der Zeit billiger geworden ist dank der industriellen Arbeit. Ein Quintett von Mozart zu spielen hingegen erfordert nach wie vor fünf Personen. Die Anzahl dieser Personen kann nicht durch Mechanisierung verringert werden. Der Lohn der Mitglieder eines Orchesters wird dem Lohn der Unternehmen des produktivsten industriellen Sektors folgen. So wird es zu einer Lohnerhöhung kommen, ohne dass die Produktivität erhöht wird, was die grenzenlose Erhöhung der Kosten erklärt. Die «Kostenkrankheit» befällt wahllos alle Dienstleistungssektoren: das Gesundheitswesen zum Beispiel, das Personalwesen, die Bürokratie und, natürlich, die Bildung. Tatsächlich betrifft die Kostenkrankheit das Wohlfahrtsystem, welches sich in den 1970er-Jahren aufgrund einer Erhöhung im «labour saving» - Sektor entwickelt hat. Baumol schlägt drei Mittel gegen die Kostenkrankheit vor: das erste (1) besteht darin, die Kosten der Dienstleistungen zu internalisieren, zum Beispiel innerhalb der Familie, oder sicherzustellen, dass diese Kosten freiwillig übernommen werden. Dies zum Beispiel indem die Kleinkinderziehung Aufgabe der Mütter bleibt oder die Pflege älterer Menschen durch Freiwilligenarbeit erledigt wird. Auf diese Weise wären die Kosten der Dienstleistungen abgeschafft. Eine zweite Variante (2) bestünde darin, dem Markt und der Dynamik der realen Produktivität zu folgen und die gesamten Kosten der Dienstleistungen zu bezahlen. Die dritte Möglichkeit (3) wäre schliesslich, die Dienstleistungen anzubieten und sie durch allgemeine Besteuerung bezahlen zu lassen.

Alle Wohlfahrtsstaaten müssen sich mit dem Problem der Kostenkrankheit auseinandersetzen. Der dänische Soziologe Esping-Gøsta Andersen<sup>10</sup> formuliert eine Typologie, welche derjenigen Baumols sehr ähnlich ist, und zeigt, wie die Staaten eine dieser drei Strategien anwenden müssen, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Es geht also darum, entweder das Problem zu internalisieren (Wohlfahrtsysteme mediterranem Typs, konservativer Ausrichtung), das freie Spiel des Marktes zuzulassen (angelsächsische Wohlfahrtsysteme liberaler Ausrichtung) oder sicherzustellen, dass die Kosten der Dienstleistungen auf die gesamte Bevölkerung verteilt und durch eine allgemeine Besteuerung bezahlt werden (skandinavische Systeme des sozialen Schutzes, universelle Ausrichtung).

In den 1980er-Jahren wurde in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien als Resultat der liberalen Ideologie der liberale Weg gewählt, der darin bestand, die Kostenkrankheit mit Privatisierungspolitik zu heilen. Gemäss diesen ökonomischen und ethischen Doktrinen kann der Staat nicht die Kos-

ten der Dienstleistungen zu bezahlen. Die dritte Möglichkeit (3) wäre schliesslich, die Dienstleistungen anzubieten und sie durch allgemeine Besteuerung bezahlen zu lassen.

6 Marc Romainville, *L'échec dans l'université de masse, L'Harmattan*, Paris, 2000 (Übersetzung aus dem Französischen)

7 William Baumol, *Macroeconomics of unbalanced growth, The American Economic Review*, Vol. 57, No. 3, 1967

8 William Baumol, *Unbalanced Growth Revisited, The American Economic Review*, Vol. 75, No. 4, 1985

9 William Baumol, *Macroeconomics of unbalanced growth, The American Economic Review*, Vol. 57, No. 3, 1967

10 Esping-Gøsta Andersen, *Les trois monde de l'état providence*, PUF, Paris, 2007

ten für die Bildung und die Gesundheit aller übernehmen. Des Weiteren, immer noch nach dem liberalen Modell, wäre es moralisch nicht wünschbar, dass der Staat sich verpflichtet, allen die gleiche Ausbildung und die gleiche Gesundheitspflege zu gewährleisten. Die liberale Ideologie besagt, dass jeder frei ist seine eigene Ausbildung zu wählen aber gleichzeitig auch für die Finanzierung derselben verantwortlich ist. Das Kriterium der sozialen Gerechtigkeit, welches verwendet wird, zeigt warum eine durch Steuern finanzierte Universität ungerecht ist für diejenigen, welchen keinen Zugang zu einer höheren Bildung haben. Dieser Paradigmenwechsel kann nicht in gleicher Weise auf ganz Europa angewendet werden, aber er ist unverzichtbar, um die Entwicklung der Universität und ihre inneren Zusammenhänge zu verstehen. In Europa ist ein Grossteil der Universitäten nach wie vor durch Steuergelder finanziert, obwohl die Steuerbelastung überall zunimmt.<sup>11</sup> Die soziale Kontrolle über die Effizienz und Leistungen der Universität konkretisiert sich, die bürokratischen Bürden, die sich in letzterer entwickelt haben, sind nur ein Zeichen unter vielen für dieses Phänomen. Die Universitäten beginnen untereinander zu konkurrenzieren um die grösstmögliche Zahl an Studenten und somit auch öffentliche Gelder anzuziehen. Sie beginnen ebenfalls ihre universitäre Produktion so objektiv wie möglich in Zahlen zu fassen<sup>12</sup>, in dem Publikationen und ihr Erfolg als «impact factor»<sup>13</sup> erfasst werden. Dies erlaubt es der Administration öffentliche Gelder nach einem Kriterium der Produktivität zu sprechen, welches Anzahl der Studierenden, der Publikationen, die Fähigkeit Gelder zu generieren etc umfasst. All dies wirft Fragen auf betreffend der Qualität der Ausbildung an diesen Orten, die eigentlich einen kritischen Geist und die Fähigkeit der Reflexion fördern sollten, auch über finanzielle Überlegungen hinaus.

11 John Aubrey Douglass, Trends in University Fees and Financing in the EU and US, Occasional Paper Series

12 Martin Trow, Reflections on the Transition from Elite to Mass to Universal Access in Modern Societies since WWII, *International Handbook of Higher Education*, 2005

13 Laurence Coutrot, Sur l'usage récent des indicateurs bibliométriques comme outil d'évaluation de la recherche scientifique, *Bulletin de Méthodologie Sociologique*, n. 100, 2008

# Wie die Bewegung ins Rollen kam

Aus verschiedenen bildungspolitischen Initiativen wie dem internationalen «Emancipating Education For All» und «Education Not for Sale»-Netzwerk entwickelte sich von Österreich ausgehend die unsereuni-Bewegung.

VON

In den letzten Jahren gab es in Österreich mehrere schlechte Entwicklungen an den Unis. Zuerst das Universitätsgesetz 2002, das Managementstrukturen auf der Uni implementierte (wo der Unirat eingerichtet wurde), und durch das die demokratische Mitbestimmung für Studierende eingeschränkt wurde. Dann wurden vor einigen Jahren Studiengebühren eingeführt (teilweise seit 1 Jahr wieder abgeschafft). Aktuell wurde letzten Sommer vom Wissenschaftsminister, gegen den Willen der Studierenden das Universitätsgesetz novelliert: Master können zugangsbeschränkt werden, durch einen sogenannten Notfallparagraphen können überlaufene Fächer zugangsbeschränkt werden, und es wurden für alle Fächer verpflichtend Studieneingangsphasen beschlossen.

Dazu kam allgemein die missglückte Umsetzung der Umstellung auf das Bologna-System in den letzten Jahren, Einsparungen im Bildungssystem, ergo überlaufene Fächer und sehr schlechte Betreuungsverhältnisse. Wegen dieser Entwicklungen staute sich der Unmut in der Studierendenschaft.

Der Anlass für die Proteste: Die unibrennt-Bewegung ging von der Akademie der bildenden Künste in Wien aus. Der dortige Rektor hat – entgegen der Abmachungen mit den Studierenden – eine Vereinbarung mit dem österreichischen Wissenschaftsminister unterzeichnet, dass die (Kunst-) Studien auf das Bachelor/Master-System umgestellt werden sollen. Daraufhin haben Studierende und Lehrende die Akademie besetzt. Aus Solidarität, und um auf Missstände aufmerksam zu machen, veranstalteten Studierende der Akademie gemeinsam mit Studierenden der Uni Wien eine Demo in und um die Universität Wien. Diese wurde von der Polizei aufgelöst – spontan entschloss man sich, das Audi-

max der Universität Wien zu besetzen. Die Besetzung erfuhr sofort enormen Zulauf und erhielt grossen Zuspruch unter der Studierendenschaft – der ganze aufgestaute Frust entlud sich, der Funke sprang über, die Uni brannte. In den nächsten Tagen entschlossen sich nach und nach aktive Studierende an den anderen österreichischen Unis und in ganz Europa, ebenfalls Unis zu besetzen.

## Warum eine europaweite Bewegung?

Die meisten Missstände an den Unis sind Folgen der aktuellen neoliberalen Politik, die in ganz Europa auf dem Vormarsch ist/war. Insofern betrifft es alle in Europa: Entdemokratisierung an den Unis, Einsparungen an Unis und im Sozialsystem, Individualisierung der Studierenden, Trend hin zu Drittmittelfinanzierung der Unis; Unis werden durch (finanzielle) Barrieren wieder sozial selektiver etc. Und natürlich der Bologna-Prozess, der auch alle europäischen Studierenden betrifft: 2-Klassenbildung durch das BA/MA-System (mit beschränktem Masterzugang); mit dem Trend zu Ausbildung/Employability statt Bildung; mit völlig überladenen Studienplänen, weil man teilweise 8semestrige Strukturen wie in D/Ö in den 6semestrigen Bachelor presste.

Wenn Studierende in ganz Europa gemeinsam dieselben Probleme aufzeigen, stärkt dies unsere Position, und ermöglicht auch, die europäische Kommission zu erreichen, die den Bologna-Prozess massiv pusht. Ausserdem soll durch gemeinsames, solidarisches Vorgehen verhindert werden, dass Studierende aus verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt werden: so gab es den Versuch der österreichischen Politik, die vielen Deutschen an den österreichischen Unis als Sündenböcke für die Unimisere hinzustellen.